

Landtag des Saarlandes

15. Wahlperiode



Pl. 15/1
24.04.12

1. Sitzung

am 24. April 2012, 10.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 10.05 Uhr
Ende: 11.01 Uhr

PRÄSIDIUM:

Alterspräsident Linsler (DIE LINKE)
Präsident Ley (CDU)
Vorläufige Schriftführerin Maurer (PIRATEN)
Vorläufiger Schriftführer Thul (SPD)

REGIERUNG:

N.N.

1. Eröffnung durch den Alterspräsidenten	2	devolle Gestaltung des Gottesdienstes vielmals danke.
Grußworte	2	(Beifall des Hauses.)
2. Ernennung der vorläufigen Schriftführer	4	Herzlich willkommen heiße ich den Bischof von Speyer, Herrn Dr. Karl-Heinz Wiesemann, den Weihbischof von Trier, Herrn Robert Brahm, den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Präsidenten der Evangelischen Kirche im Rheinland, Herrn Dr. h. c. Nikolaus Schneider, zusammen mit seiner Ehefrau, den Leiter des Katholischen Büros Saarland, Herrn Prälat Dr. Peter Prassel, den Beauftragten der Evangelischen Kirchen für das Saarland, Herrn Kirchenrat Frank-Matthias Hofmann, sowie den Kirchenoberrat Herrn Gottfried Müller und auch den Vorsitzenden der Synagogengemeinde Saar, Herrn Richard Bermann.
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Abstimmung über die weitere Tagesordnung	4	
4. Wahl und Verpflichtung des Landtagspräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages	5	(Beifall des Hauses.)
Abg. Meiser (CDU).....	5	Ich begrüße den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes, Herrn Prof. Dr. Roland Rixecker, und stellvertretend für das diplomatische Korps den französischen Generalkonsul im Saarland, Monsieur Philippe Cerf.
Abstimmung, Annahme des Wahlvorschlages	5	(Beifall des Hauses.)
Abg. Ley (CDU).....	9	Besonders begrüße ich die Landtagspräsidenten a. D. Herrn Albrecht Herold und Herrn Hans Kasper.
5. Verpflichtung der Abgeordneten durch den Landtagspräsidenten	9	(Beifall des Hauses.)
6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Verfahren bei Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landtages (Drucksache 15/01)	10	Schön, dass es Sie immer wieder an Ihren alten „Tatort“ zurückzieht.
Abstimmung, Annahme des Antrages	10	(Heiterkeit.)
		Ein weiterer Willkommensgruß gilt allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung.
		Ich begrüße auch die Damen und Herren der Presse sehr herzlich und bitte sie um eine faire und objektive Berichterstattung über die Arbeit des Landesparlaments in den kommenden fünf Jahren. Sie können wiederum dazu beitragen, den Landtag als das Zentrum des politischen Ringens um die Zukunft unseres Landes im öffentlichen Bewusstsein spannend und lebendig zu präsentieren.
		Vor allem aber begrüße ich alle Saarländerinnen und Saarländer, die uns über Radio, Fernsehen oder Internet zugeschaltet sind. Es freut mich sehr, dass sie damit ihr Interesse an der Arbeit des Landtages zum Ausdruck bringen.
		Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nun schon zum zweiten Mal die Ehre, die erste Sitzung eines Landtages zu leiten. Dass ich nach nur zwei Jahren und sieben Monaten schon wieder als Alterspräsident eine neue Sit-

Alterspräsident Linsler:

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Eröffnung durch den Alterspräsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die erste Sitzung der 15. Wahlperiode des Landtages des Saarlandes und heiße Sie und alle Gäste der heutigen Sitzung herzlich willkommen.

Viele von uns haben am ökumenischen Gottesdienst in der Christkönigkirche in St. Arnual teilgenommen. Es liegt deshalb nahe, dass ich an erster Stelle die Vertreter der Kirchen sehr herzlich begrüße. Ich spreche wohl im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wenn ich Ihnen für die schöne und wür-

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nun schon zum zweiten Mal die Ehre, die erste Sitzung eines Landtages zu leiten. Dass ich nach nur zwei Jahren und sieben Monaten schon wieder als Alterspräsident eine neue Sit-

(Alterspräsident Linsler)

zungsperiode eröffnen würde, hätte ich damals - wie auch wohl die meisten von Ihnen - nicht geglaubt.

Als ich am 23. September 2009 das erste Mal Alterspräsident war, war ich gleichzeitig auch noch Neuling. Ich war zum ersten Mal als Abgeordneter in dieses Parlament gewählt worden und meine Partei war zum ersten Mal als Fraktion in diesem Hause vertreten. Deshalb begrüße ich an dieser Stelle besonders die Kolleginnen und Kollegen der PIRATEN-Partei sehr herzlich, denen es jetzt genauso ergeht wie uns damals, wenngleich ich ein etwas älterer Neuling war als Sie heute. Auch Sie sind neu in diesem Landtag und auch Sie werden erst einmal Erfahrungen sammeln. Am Anfang mag vieles an diesem parlamentarischen Betrieb ungewohnt sein. Von einigen wird man als Neuling und als neue Fraktion eher zurückhaltend und kritisch aufgenommen. Dies wissen wir als LINKE aus Erfahrung. Aber dennoch gilt: Wenn Sie Fragen haben und ganz praktische Unterstützung benötigen, dann können Sie hier auf Hilfe bauen. Das haben wir so erfahren und deshalb erwähne ich es auch klar und deutlich. Denn wir alle sind Abgeordnete des saarländischen Landtages und unser Auftrag ist klar, nämlich gemeinsam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Politik zu machen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Große Firmen wie Praktiker, Peugeot, Schlecker, HDI-Gerling, die Telekom und andere wollen Stellen an der Saar abbauen oder haben es schon getan. Viele Arbeitsplätze sind bedroht, viele Bürgerinnen und Bürger haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren.

Auch der Entschluss, den Bergbau im Saarland in diesem Jahr auslaufen zu lassen, war eine Entscheidung, die für viele Bergleute gravierende Folgen hatte. Viele mussten sich ganz neu orientieren, andere mussten nach Ibbenbüren gehen, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Das Ende des Saar-Bergbaus bedeutet auf jeden Fall eine einschneidende Zäsur für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Deshalb sind wir uns sicher über alle Parteidgrenzen hinweg einig, dass die Frage, die den Landtag in den nächsten Jahren sehr beschäftigen wird, lautet: Wie schaffen wir heute zukunftssichere Arbeitsplätze an der Saar, die den Verlust der Arbeitsplätze im Saar-Bergbau und bei den Zulieferfirmen ausgleichen? Wie können wir neue Betriebe ansiedeln?

Auch die finanzielle Situation des Saarlandes muss uns alle beschäftigen. Wie kann die Politik im Land wieder handlungsfähig werden? Wie können wir Schulden abbauen? Wie können wir trotz Schuldenabbau soziale Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit bewahren? Ich meine, wir dürfen nicht nur vom

Rotstift regiert werden. Wir sollten uns immer daran erinnern, dass eine Gesellschaft mehr ausmacht als nackte Zahlen und Bilanzen.

Es geht bei diesen Fragen nicht zuletzt um die Zukunft des Saarlandes. Wir wollen, dass das Saarland als eigenständiges Bundesland nicht einfach so von der Bildfläche verschwindet. Einem Zusammenschluss mit einem anderen Bundesland müssten die Saarländerinnen und Saarländer auch erst einmal zustimmen. Obwohl die neuerlichen Umfragen nachdenklich stimmen können, glaube ich, dass sich die Mehrheit für das Saarland entscheiden wird. Wir alle wissen aber auch, dass ein eigenständiges Saarland in seiner Handlungsfähigkeit bedroht ist, wenn der Schuldenberg zu groß und die Zinslast zu schwer ist, selbst wenn wir ans Eingemachte gehen und wichtige Strukturen im Land einsparen und streichen.

Es geht dabei auch um den Föderalismus in dieser Republik, der sich in meinen Augen bewährt hat. Ich darf daran erinnern, dass in den USA von den Einwohnerzahlen her acht Staaten kleiner sind als das Saarland. Dort kommt niemand auf die Idee, über einen Zusammenschluss zu reden. Der kleinste US-Bundesstaat Wyoming hat gerade einmal etwas über 500.000 Einwohner. Es geht also nicht immer nur um die Größe eines Landes oder die Größe der Einwohnerzahl. Ebenso wichtig ist eine gemeinsame Geschichte und das Bekenntnis zum Saarland.

Lassen Sie uns deshalb alle in den nächsten fünf Jahren zum Wohle dieses Landes und im Sinne der Saarländerinnen und Saarländer arbeiten und dabei fair und an der Sache orientiert miteinander um die besten Lösungen ringen. Dabei sollten wir auch nach vorne schauen: Die Zukunft für unser Land liegt in Europa und in einer lebendigen Großregion SaarLorLux im Herzen Europas. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu den Regularien der konstituierenden Sitzung. Artikel 67 Abs. 2 unserer Verfassung bestimmt, dass der Landtag des Saarlandes spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammentritt. Die Wahl hat am 25. März 2012 stattgefunden. Mit der heutigen Sitzung ist damit die vorgeschriebene Frist ausgeschöpft, aber noch eingehalten. Mit dem Ende einer Wahlperiode erledigt sich grundsätzlich auch die Geschäftsordnung, nach der das Parlament verfährt. Deswegen schlage ich zunächst vor, die bisher geltende Geschäftsordnung zu übernehmen und in der 15. Wahlperiode fortzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

§ 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung bestimmt den an Jahren ältesten Abgeordneten zum Vorsitzenden,

(Alterspräsident Linsler)

bis der neue Landtagspräsident das Amt übernimmt. Ich bin 69 Jahre alt und darf daher als ältester in den saarländischen Landtag Gewählter nach der Geschäftsordnung heute das Amt des Alterspräsidenten ausüben. Möchte jemand widersprechen? Ich frage bewusst nicht: Fühlt sich jemand älter?

(Heiterkeit.)

Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gratuliere Ihnen allen, insbesondere den neu in den Landtag gewählten Damen und Herren Abgeordneten, zu ihrer Wahl sehr herzlich. Ich wünsche Ihnen bei der Erfüllung Ihres von den Wählerinnen und Wählern erteilten Mandates zum Wohle unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger eine glückliche Hand. Der Landtag ist die in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählte Vertretung des Volkes. Als dessen Vertreterinnen und Vertreter sind wir nur unserem Gewissen unterworfen und arbeiten auftrags- und weisungsfrei. Das ist heute Morgen auch in der Kirche bewusst und mit Recht gesagt worden.

Nach meiner Auffassung haben wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor allem die Aufgabe, durch glaubwürdiges Handeln der wachsenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Dazu gehört, dass wir uns vor allem unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet fühlen und nach der Wahl so handeln, wie wir es ihnen vor der Wahl versprochen haben. Auf fünf Jahre ist uns die legislative Staatsgewalt übertragen. Dies bedeutet in der tagtäglichen Arbeit und vor Ort ein großes Engagement und eine breitgefächerte Arbeitsleistung, die es nun zum wiederholten Mal mit fünf im saarländischen Landtag vertretenen Fraktionen zu erfüllen gilt.

Unsere parlamentarische Arbeit wird gekennzeichnet sein als Gesetzgebung, als Kontrolle der Regierung und auch als Diskussionsforum aller landes-, mitunter auch kommunalpolitisch relevanten Themen. Gleichzeitig sind wir eingebunden in das politische und administrative Beziehungsgeflecht der Landtage untereinander, der Landtage in ihrem Verhältnis zum Bund, der Landtage auch indirekt durch die Mitwirkung der Länder im Bundesrat. Wir haben uns auch mit den verschiedensten Themen und Vorgaben der Organe der Europäischen Union zu beschäftigen. Wir können im Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion mitwirken, der das Saarland mit der belgischen Region Wallonien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Land Rheinland-Pfalz und der französischen Region Lothringen verbindet.

Der Landtag ist schließlich aber auch offen für die ganz konkreten Anliegen jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Der in Artikel 78 unserer Verfassung garantierte Ausschuss für Eingaben, der sogenannte Petitionsausschuss, ermöglicht es,

dass jede und jeder seine Bitten und Beschwerden vortragen kann. Alle diese Aufgaben gilt es für uns Abgeordnete unter einen Hut zu bringen, und das nicht zuletzt unter dem Diktat der Schuldenbremse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlen vom 25. März dieses Jahres haben die politische Gesamtkonstellation in unserem Lande wiederum deutlich verändert. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle allen ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen für ihre Arbeit - teilweise über mehrere Wahlperioden hinweg - ganz herzlich danken und ihnen eine gute Zukunft wünschen.

(Beifall des Hauses.)

Dem neuen Landtag gehören nicht mehr an: die Kollegin Dagmar Heib, der Kollege Hans Gerhard Jene, der Kollege Edmund Kütten, der Kollege Karl Rauher, der Kollege Thomas Schmitt und der Kollege Egbert Ulrich von der CDU, die Kollegin Silke Bieden von der SPD, die Kollegin Birgit Huonker, der Kollege Lothar Schnitzler und der Kollege Wolfgang Schumacher von der Partei DIE LINKE, der Kollege Dr. Christoph Hartmann, der Kollege Horst Hinschberger, der Kollege Karl-Josef Jochem und der Kollege Christoph Kühn von der FDP, der Kollege Markus Schmitt und die Kollegin Claudia Willger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der parteilose Christian Schmitt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fahre nun fort mit dem förmlichen Teil der heutigen Landtagssitzung und rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Ernennung der vorläufigen Schriftführer

Nach gutem Brauch erinne ich dazu die beiden jüngsten Abgeordneten. Das sind Frau Jasmin Maurer von der PIRATEN-Partei und Herr Sebastian Thul von der SPD. Ich bitte die beiden Schriftführer, hier vorne am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Feststellung der Beschlussfähigkeit und Abstimmung über die weitere Tagesordnung

Um die Beschlussfähigkeit festzustellen, darf ich Frau Abgeordnete Maurer bitten, die Abgeordneten namentlich aufzurufen. Die Abgeordneten bitte ich, ihre Anwesenheit jeweils kurz anzuzeigen.

(Vorläufige Schriftführerin Maurer ruft die Namen der Abgeordneten auf.)

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle fest, 51 Abgeordnete sind in den Landtag des Saarlandes gewählt worden. Alle 51 Abgeordneten sind heute anwesend. Der 15. Landtag des Saarlandes ist damit beschlussfähig und konstituiert.

(Alterspräsident Linsler)

Er hat nun als Erstes über die im Entwurf vorliegenden weitere Tagesordnung abzustimmen. Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer für die Annahme der Tagesordnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe? - Die Tagesordnung ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

Wahl und Verpflichtung des Landtagspräsidenten gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages

Nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung und § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes wählt der Landtag für die Dauer der Wahlperiode seinen Präsidenten. An dieser Stelle bitte ich um Vorschläge für das Amt des Präsidenten. - Der Abgeordnete Meiser hat das Wort.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen Herrn Abgeordneten Hans Ley als Landtagspräsidenten vor. Danke schön.

Alterspräsident Linsler:

Vielen Dank. Wir kommen zur Wahl. Für das Wahlverfahren gilt § 67 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes. Erstens. Wahlen können durch Handaufheben erfolgen, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Bei Widerspruch wird geheim gewählt. Zur Abgabe der Stimmzettel werden die Abgeordneten mit Namen aufgerufen. Zweitens. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los durch die Hand des Präsidenten.

Ich frage deshalb zunächst: Erhebt sich gegen die Wahl durch Handaufheben Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wer wie vorgeschlagen für die Wahl des Herrn Abgeordneten Hans Ley zum Landtagspräsidenten ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Herr Abgeordneter Hans Ley ist einstimmig zum Landtagspräsidenten gewählt.

(Beifall des Hauses.)

Herr Abgeordneter Hans Ley, nehmen Sie die Wahl zum Landtagspräsidenten an?

Abg. Ley (CDU):

Ja.

Alterspräsident Linsler:

Ich danke Ihnen. - Nach § 34 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes wahrt der Präsident die Würde und die Rechte des Landtages und fördert seine Arbeit. Er leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch. Herr Landtagspräsident, ich bitte Sie, zur Verpflichtung zu mir heraufzukommen.

Herr Landtagspräsident, ich verpflichte Sie hiermit, die Würde und die Rechte des Landtages zu wahren, die Arbeit des Landtages zu fördern und die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu leiten. - Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall des Hauses.)

Wir wünschen Ihnen, dass es Ihnen in Ihrer Amtsführung wie bisher gelingen möge, das Ansehen des Landtages zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Ich darf Sie, Herr Präsident, bitten, die Leitung der Sitzung zu übernehmen.

(Beifall des Hauses. - Präsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Ley:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen allen für die Wahl zum Präsidenten des saarländischen Landtages bedanken. Das einstimmige Votum hat mich - das muss ich sagen - sehr gefreut. Wie in den vergangenen Jahren möchte ich mich auch in dieser meiner vierten Amtszeit nach besten Kräften bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Seien Sie versichert, dass ich das Amt des Landtagspräsidenten weiterhin überparteilich, gerecht und mit der nötigen Achtsamkeit ausführen will und werde. Dazu gehört, dass ich mich auch in Zukunft allen Mitgliedern dieses Hauses in gleicher Weise verpflichtet fühle. Ich biete Ihnen allen eine vertrauliche und verlässliche Zusammenarbeit an. Nehmen Sie mich beim Wort, vor allem auch die 14 erstmals gewählten Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte auch ich es nicht versäumen, Herrn Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann und Herrn Präses Dr. h. c. Nikolaus Schneider zu danken, die heute Morgen mit uns den ökumenischen Gottesdienst gestaltet und gefeiert haben. Der Gottesdienst vor der Konstituierung des Landtages ist bei uns im Saarland eine - wie ich denke - wertvolle Tradition. Er ist dabei mehr als eine protokollarische Pflichterfüllung. Er zeigt uns vielmehr Wege der Orientierung auf, wie und wo wir Kraft und Zuversicht für die Bewältigung unserer Aufgaben schöpfen können.

(Präsident Ley)

Ich danke ebenso Herrn Abgeordneten Rolf Linsler, der heute bereits zum zweiten Mal als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Landtages eröffnet hat. Vielen Dank, Herr Kollege Rolf Linsler, für die souveräne Sitzungsleitung.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in dieser 15. Wahlperiode wird die parlamentarische Arbeit wieder von fünf Fraktionen bestritten, die jeweils gewichtige Teile der saarländischen Bevölkerung repräsentieren und die mit ihren Inhalten, Ideen, aber auch ihren Persönlichkeiten die politischen Meinungen in unserem Land widerspiegeln. Die Saarländerinnen und Saarländer haben durch ihre Wahlentscheidung die Zusammensetzung unseres Landtages merklich verändert. Eine Fraktion wird heute unser Haus verlassen; eine andere Fraktion zieht neu in unser Parlament ein. Ich möchte der FDP für ihre Arbeit in den vergangenen Jahren danken. Auch wenn die Wählerinnen und Wähler die FDP nicht wieder in den Landtag des Saarlandes gewählt haben, so gelten ihr doch unser Respekt und unsere Anerkennung für ihr parlamentarisches Wirken.

(Beifall des Hauses.)

Gleiches gilt für alle weiteren ausgeschiedenen Mitglieder, denen ich für ihren Einsatz zum Wohle unseres Landes auf das Herzlichste danke. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Weg in einen neuen Lebensabschnitt mit neuen Freiräumen, Möglichkeiten und Chancen. Dieser Wunsch gilt vor allem den Abgeordneten, die das Ende ihrer parlamentarischen Arbeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhergesehen hatten.

Eine neue politische Kraft in unserem Land - die PIRATEN-Partei - schaffte hingegen erstmals den Einzug in ein Parlament eines deutschen Flächenstaates. Ich begrüße die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN sehr herzlich in unserer Mitte.

(Beifall des Hauses.)

Ich wünsche Ihnen - wie auch allen anderen neu gewählten Abgeordneten - Freude bei der Arbeit und Erfüllung in Ihrer Aufgabe. Ich will Ihnen gerne Mut machen, Ihre neue Tätigkeit mit Elan und frischem Denken schnell aufzunehmen. Ich bin zuversichtlich, dass sich die zugegebenermaßen recht ungewöhnten, rechtlich aber vorgeschrivenen Abläufe schnell einspielen und sich die neuen Abgeordneten bald ganz ihrer Arbeit widmen können. Auch hierbei verstehen sich die Mitarbeiter der Verwaltung des Landtags als Ansprechpartner und Dienstleister für alle Abgeordneten.

Meine Damen und Herren, am 25. März 2012 haben 491.591 Wählerinnen und Wähler den saarländischen Landtag neu gewählt. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 61,6 Prozent. Erneut haben al-

so mehr als ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichtet. Das ist gewiss zu einem nicht unerheblichen Teil Ausdruck einer ganz bewussten Abwendung von der Politik aus Unmut und Unzufriedenheit mit unserer Arbeit. Für uns muss dies allerdings auch Anlass genug sein, uns selbst als Volksvertreter kritisch zu hinterfragen und nach den Gründen und Ursachen zu forschen. Über ein Drittel Nichtwähler dürfen uns nicht gleichgültig lassen. In parteiübergreifender Gemeinsamkeit sind wir vielmehr aufgerufen, verlorenes Vertrauen neu zu gewinnen und hierbei keine Anstrengung auszulassen. Auf der anderen Seite müssen wir verstärkt klarmachen, dass Demokratie von der Mitverantwortung aller - eben auch der Wähler - lebt. Wir müssen den Menschen verdeutlichen, dass auch sie mit ihrer Stimmabgabe oder eben auch mit ihrer Wahlenthaltung Verantwortung für unser Gemeinwesen tragen, eine Verantwortung, die sich in ihrem Einfluss auf die Zusammensetzung dieses Parlaments widerspiegelt. Schon einige wenige Stimmen genügen - das haben wir auch bei der letzten Wahl wieder gesehen -, um die Zusammensetzung des Parlaments mit seinen Mehrheitsmöglichkeiten maßgeblich zu verändern und so die Politik des Landes in eine ganz neue Richtung zu lenken. Daran aktiv durch die Wahlhandlung mitzuwirken, sollte, sage ich jetzt einmal, im Idealfall das Bedürfnis eines jeden Staatsbürgers, einer jeden Saarländerin und eines jeden Saarländers sein.

Um diesem Ideal näherzukommen, muss unser Wirken die Lebenswirklichkeit der Menschen draußen vor Ort widerspiegeln. Drei Punkte erscheinen mir daher für die Arbeit unseres Parlaments wichtig. Erstens müssen wir immer von Neuem darauf bedacht sein, die Themen und Gegenstände in unsere Arbeit aufzunehmen, die die Menschen draußen vor Ort bewegen. Die Diskussionen, die außerhalb des Parlaments stattfinden, müssen auch hier bei uns die Beratungen bestimmen. Zweitens: Bei der Wahrnehmung unseres Gestaltungsauftrags, den wir haben, dürfen wir den Themen nicht nur hinterherlaufen, sondern wir sind geradezu verpflichtet, in einem bestimmten Rahmen die Themen der öffentlichen Debatte zu bestimmen. Dabei müssen wir allerdings alles dafür tun, dass die politische Debatte, die hier stattfindet, auch die Menschen in unserem Land erreicht. Und drittens: Das offene und öffentliche Ringen um die beste Lösung muss für den Bürger nachvollziehbar und durchschaubar sein. Ich werde nachher noch kurz darauf zurückkommen.

An dieser Stelle gilt aber schon vorab mein Dank den saarländischen Medien, ganz bewusst dem Saarländischen Rundfunk, der Saarbrücker Zeitung und allen Mitgliedern der Landespresso-Konferenz. Mit ihrer, wie ich denke, für unser Parlament umfangreichen Berichterstattung leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung

(Präsident Ley)

unserer Debatten. Ich gehe davon aus, dass den Medien diese große Verantwortung weiterhin bewusst ist, dass sie ihr gerecht werden und uns kritisch-konstruktiv begleiten werden. Eine ergänzende Bemerkung habe ich allerdings noch: Bitte geben Sie in Ihrer Berichterstattung auch in Zukunft nicht nur den schlagzeilenträchtigen Kontroversen Raum, sondern berichten Sie auch über die alltägliche Parlamentsarbeit im Kleinen:

(Beifall des Abgeordneten Scharf (CDU))

die Sacharbeit in den Ausschüssen, den Einsatz der Abgeordneten für Einzelschicksale, das Engagement für in Schieflage geratene Unternehmen oder auch die konstruktive Zusammenarbeit über Parteidgrenzen hinweg in unspektakulären Sachthemen. Diese Arbeit, denke ich, verdient Beachtung, auch wenn sie sich für uns alle viel schwerer medienwirksam darstellen lässt.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu Beginn der neuen Legislaturperiode einige Aufgabenfelder und Herausforderungen beschreiben, denen wir uns als Parlament besonders zuwenden sollten. Ich möchte in diesem Zusammenhang gern auch Bezug auf meine Antrittsrede vor knapp zwei Jahren nehmen. Die dort beschriebenen Herausforderungen für unser Land und die aufgeführten Fragestellungen von grundsätzlicher Natur gelten nach wie vor, jetzt vielleicht pointierter und dringlicher.

Erstens: Dreh- und Angelpunkt nahezu aller Entscheidungen und unserer Diskussionen hier im Haus wird die Zukunftssicherung unseres Landes sein. Deshalb werden - davon bin ich fest überzeugt - die Haushaltsnotlage unseres Landes sowie die Erfordernisse und Auswirkungen der Schuldenbremse die politische Debatte in den nächsten Jahren bestimmen. Die Zahlen und Fakten zur Verschuldung aller staatlichen Ebenen in Deutschland - also auch unseres Landes, des Saarlandes, und unserer Kommunen - sind uns bekannt. Für mich ist die Einhaltung der Schuldenbremse - egal wie man sie angehen will - ein zwingendes Gebot der Generationengerechtigkeit. Als politische Verantwortungsträger sind wir mehr denn je gefordert, mit Weitblick angemessene Entscheidungen zu treffen, um nachfolgende Generationen zu schützen. Es wäre unverantwortbar, zulasten derjenigen zu leben, die sich heute noch nicht zu Wort melden und gegen eine solche Lebensweise Einspruch erheben können. Auch wenn die Verschuldung in der Vergangenheit begründet liegt, so ist sie für das Saarland doch die entscheidende Zukunftsfrage.

Zweitens möchte ich die Herausforderungen infolge des demografischen Wandels nennen. Die Einwohnerzahl des Saarlandes, die gegenwärtig noch bei über einer Million liegt, wird bis 2030 auf knapp

900.000 fallen. Es gibt zahlreiche Institute, die die künftige Zahl noch deutlich niedriger ansetzen. Die Zahl der Geburten hat sich von 21.000 im Jahr 1963 auf heute 7.000 reduziert. Der Anteil der Personen über 80 Jahre an der Gesamtbevölkerung wird sich in den nächsten 25 Jahren verdoppeln. Das sind nur wenige Zahlen, die Folgendes zeigen: Wir müssen heute entschlossen handeln, um gut auf die kommenden Jahrzehnte vorbereitet zu sein. Dieser bedeutsamen gesellschaftlichen Aufgabe müssen wir Parlamentarier uns mit vollem Ernst und dem nötigen Weitblick in dieser Legislaturperiode noch entschiedener annehmen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Dritter Punkt. Eine weitere zukunftsweisende Herausforderung sehe ich in dem Thema Europa. Das Saarland ist in Deutschland ein starkes Stück Europa. Das europäische Bewusstsein ist im Denken und Leben der Saarländer tief verwurzelt. Das Saarland ist aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Geschichte wie kein anderes Bundesland dem europäischen Gedanken verpflichtet. Deswegen waren wir auch das erste Land, das den Europagedanken in die Verfassung aufgenommen hat. Aus dieser Tradition heraus ergibt sich für uns auch ein besonders starkes Engagement für die Großregion und in der Großregion. Als Abgeordnete leisten wir im Rahmen des Interregionalen Parlamentarierrates Unverzichtbares für das Zusammenwachsen unserer Großregion. Vieles konnte für die Menschen diesseits und jenseits der Grenzen schon erreicht werden. Dennoch kommen wir nicht um eine ehrliche Bestandsaufnahme dessen, was der Interregionale Parlamentarierrat leisten kann und was eben nicht, herum. Die Unterschiede zwischen den Ländern, den staatlichen Ebenen, den Kompetenzfeldern und den jeweiligen administrativen Besonderheiten setzen uns Grenzen, die auch mit bestem Bemühen nicht aus dem Weg geräumt werden können. Dennoch ist nirgendwo sonst in Europa der grenzüberschreitende Austausch zwischen immerhin vier Nationalstaaten so intensiv wie in unserer europäischen Kernregion. Darauf können wir, denke ich, mit gutem Recht stolz sein.

Viertens: Eine wichtige Herausforderung sehe ich für uns als Parlamentarier auch in unserer alltäglichen Arbeit selbst. Die Erwartungen an die Politik nehmen ständig zu. Neue, zusätzliche Aufgaben werden uns gestellt. Die europäischen Verflechtungen unserer Entscheidungen werden immer dichter. All dies erfordert von uns Abgeordneten hier im Haus großes Engagement sowie hohe und effektive Arbeitsleistungen.

Hinzu kommt eine Besonderheit des saarländischen Landtages. Unser Landtag ist das kleinste Parlament in Deutschland mit den wenigsten Abgeordneten. Gleichzeitig ist es das sparsamste mit den we-

(Präsident Ley)

nigsten Mitarbeitern. Dennoch sind unsere Aufgaben, Kompetenzen und Rechte identisch mit denen in anderen Bundesländern, gleich welcher Größe, ob 1 Million, 3 Millionen, 7 Millionen oder 18 Millionen Einwohner. Die Gesetze, die wir in diesem Hause verabschieden, sind nicht weniger zahlreich oder gar weniger anspruchsvoll. Sie müssen genauso von Expertenmeinungen durchdrungen und auf unsere saarländische Situation heruntergebrochen werden. Sie sind also nicht weniger anspruchsvoll als in Bayern oder Nordrhein-Westfalen, nur weil wir weniger Einwohner haben. Wir leisten also das Gleiche mit weitaus bescheideneren Bordmitteln. Das heißt nichts anderes, als dass man als einzelnes Mitglied des saarländischen Landtages in besonderem Maße gefordert ist - und das nicht nur in einem Ausschuss, wie das in vielen Landesparlamenten der Fall ist, sondern gleichzeitig in mehreren Landtagsausschüssen.

Zudem sind die Abgeordneten nirgendwo sonst in Deutschland so stark mit ihrer Heimat verbunden wie bei uns im Saarland. Nirgendwo sonst sind die Abgeordneten so stark in ihren Parteien vor Ort, in den Vereinen, Verbänden, Vereinigungen, Kirchen und Gewerkschaften engagiert, wie das hierzulande der Fall ist. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es einen solch hohen Organisationsgrad der Menschen in den jeweiligen Organisationen. Diese Präsenz vor Ort und die ständige direkte Ansprechbarkeit von uns Abgeordneten garantieren intensive Bürgernähe und Bürgerbeteiligung.

Dennoch hat auch bei uns das Bild des Politikers gelitten. Wer könnte dies angesichts der rückläufigen Wahlbeteiligung bestreiten? Daher sollte sich jeder einzelne von uns seiner Verantwortung bewusst sein, die er für das Erscheinungsbild der Politik als Ganzes und ihrer Wahrnehmung in der Bevölkerung trägt. Es ist unser aller Aufgabe, an diesem Erscheinungsbild zu arbeiten und so eine Trendwende in der Wahrnehmung von Politik durch die Öffentlichkeit einzuleiten. Das darf jedoch nicht heißen, dass wir jedem blinden Populismus verfallen und uns jedwede Meinungsäußerung aus der Bevölkerung zu eigen machen müssen. Das gilt für meine Begriffe besonders in Bezug auf unser System der repräsentativen Demokratie, in dem wir leben.

So sehr es an der Zeit ist, plebisitäre Elemente in unserer Verfassung breiteren Raum zu schenken, so sehr der Anspruch auf mehr Teilhabe an und mehr Transparenz in der Politik auch berechtigt erscheint, so sehr sollten gerade wir als Parlamentarier doch zu unserem repräsentativen System stehen und dieses System auch nach außen vertreten. An guten Gründen und guten Argumenten für das repräsentative System mangelt es wahrlich nicht. Der Weg Deutschlands zu einer verlässlichen und stabilen Demokratie, der Aufstieg Deutschlands aus den

Trümmern des Zweiten Weltkrieges zu einer hoch industrialisierten Wohlstandsgesellschaft, der Aufbau leistungsfähiger sozialer Sicherungssysteme, die solidarische Übernahme von Verantwortung für die Entwicklungschancen anderer Regionen in dieser Welt, die Durchsetzung eines wirksamen Umwelt- und Klimaschutzes, all das sind Leistungen nicht zuletzt auch unserer parlamentarischen repräsentativen Demokratie. Deshalb ist unser parlamentarisches System auch Vorbild für die zahlreichen jungen Demokratiebewegungen weltweit.

Ein Weiteres müssen wir uns immer wieder klarmachen. Plebisitäre Elemente und plebisitäre Entscheidungen sind längst kein Garant für eine humane Gesellschaft. Das Allgemeinwohl ist mehr als die Summe aller Einzelwünsche. Auch Minderheiten, Schwache, Behinderte und Benachteiligte müssen zu ihrem Recht kommen. Sie haben oftmals keine Lobby. Ihre Möglichkeiten, sich in der öffentlichen Debatte wahrnehmbar zu Wort zu melden, sind oftmals - was auch in der Natur der Sache liegt - begrenzt. Vielleicht könnten sie im plebisitären Entscheidungsverfahren ins Hintertreffen geraten. Das darf und sollte man nicht unterschätzen.

Hinzu kommt, dass keine Volksabstimmung und kein Bürgerentscheid die umfangreichen Diskussions- und Entscheidungsprozesse, aber auch die Abstimmungsprozesse, die dazwischen laufen, sowie die differenzierten Abwägungen einer aufwendigen wochenlangen Haushaltsberatung ersetzen können. Diese intensiven Beratungen dienen eben nicht - wie häufig gemutmaßt wird - der Selbstdarstellung, sondern sie dienen bei aller parteipolitischen Auseinandersetzung letztlich und in allerster Linie dem Wohl der Allgemeinheit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Zeitalter neuer medialer Möglichkeiten verändern sich auch die Vorstellungen von demokratischer Teilhabe und Meinungsbildung, von Transparenz und Offenheit in der Politik. Neue Themen, neue Informationstechnologien und neue Kommunikationswege dürfen die Parlamentsarbeit nicht unberührt lassen. Auch wir müssen und werden neue Wege beschreiten. Dabei müssen wir uns der Chancen dieser Entwicklung, die da vonstatten geht, bewusst sein, allerdings auch ihrer Gefahren. Ich denke nur an die rasante Beschleunigung nicht nur des Alltags der Menschen, sondern auch des politischen Dialogs und der politischen Entscheidungsfindung. Gleichwohl sollten wir nach besten Kräften bemüht sein, die sich bietenden Chancen für uns zu nutzen. Die Möglichkeit, auf kurzem elektronischem Weg mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt in Kontakt zu treten und sich mit ihnen auszutauschen, eröffnet auch der Parlamentsarbeit ganz neue Perspektiven. Auf diese Art wird es uns erleichtert, die Menschen von unseren Maßnahmen zu überzeugen, sie auch bei schwierigen Pro-

(Präsident Ley)

zessen mitzunehmen und ihnen die Plausibilität unseres Handelns nahezubringen.

Gleiches gilt aber auch umgekehrt. Sehr viel leichter können wir erfahren, was die Menschen umtreibt. Mit eigenen Ideen, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen können die Bürgerinnen und Bürger unsere Sicht der Dinge beeinflussen und unsere Arbeit bereichern. Manch ein Graben, der sich zwischen den Bürgern und der Politik aufgetan hat, kann durch diese neue Kommunikationsstruktur überwunden werden. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte unser Hauptanliegen sein, wenn wir von der Bedeutung der neuen Medien für unsere Parlamentsarbeit sprechen. Insbesondere die Parteien und Fraktionen werden gefordert sein, die neuen Kommunikationswege zukünftig verstärkt in ihre Arbeit einzubinden.

Gleichwohl gilt es natürlich auch, die Grenzen der Offenheit zu beachten. Ein alter parlamentarischer Grundsatz heißt ja „So viel Offenheit wie möglich, aber auch so viel Vertraulichkeit wie nötig“. Diese Vertraulichkeit ist nun einmal Teil einer jeden parlamentarischen Arbeit. Es ist daher auch wichtig festzuhalten, dass es zahlreiche Erörterungen komplexer und höchstpersönlicher, aber auch sicherheitsrelevanter Sachverhalte gibt, die der Vertraulichkeit bedürfen. Hier sind uns nicht nur vom Anstand her, sondern auch von der Verfassung und durch die Rechtsprechung deutliche Grenzen gesetzt. Dennoch hat der Landtag des Saarlandes auch schon in den vergangenen Jahren viel für die Öffnung unseres Parlamentes getan. Wir waren das erste Landesparlament in Deutschland - andere Parlamente sind unserem Beispiel erst Jahre danach gefolgt -, dessen Landtagsdebatten in enger, vertrauensvoller Kooperation mit dem Saarländischen Rundfunk alle weltweit live im Internet zu verfolgen sind,

(Abg. Maas (SPD): Die Reden!)

und das noch mit einer besonderen Bildqualität, sichergestellt durch den Saarländischen Rundfunk.

Ich habe einen Überblick, denn wir haben es unter den Parlamentspräsidenten einmal zusammengetragen. Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel von der Parlamentsarbeit über Funk und Fernsehen übertragen wie bei uns. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass wir eine eigene Rundfunkanstalt im Saarland haben, den Saarländischen Rundfunk, der dafür mit Sorge trägt. Darüber hinaus wurden bereits vor Jahren die Anhörungen zu Gesetzesvorhaben in den Ausschüssen öffentlich gemacht. Sicherlich wird hier noch die entsprechende Internetübertragung folgen können, wie das gewünscht ist. Inwieweit weiter gehende Maßnahmen zur Herstellung von mehr Offenheit und Durchschaubarkeit im politischen Prozess sinnvoll und praktikabel sind, darüber werden wir in den kommenden Wochen und Monaten disku-

tieren. Ich zum Beispiel kann mir nur schlecht vorstellen, dass die Petitionsausschusssitzungen, in denen in der Regel über sehr private Informationen der Bürger beraten wird, generell öffentlich sein werden.

Einen weiteren Schritt zur Stärkung unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir nach intensiver Beratungs- und Planungsphase in den nächsten Tagen gehen. Wir werden eine neue Internetplattform ans Netz bringen. Diese bietet neue zusätzliche Informationsmöglichkeiten und wird unsere Arbeit hier im Hause optisch deutlich aufgewertet darstellen. Ich lade Sie alle herzlich ein, dieses Informationsportal eifrig zu nutzen. Verbesserungsvorschläge sind ausdrücklich erwünscht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte an dieser Stelle zu Beginn der Legislaturperiode einige wenige Punkte in der gebotenen Kürze ansprechen, die in der Diskussion und Arbeit des Parlamentes in den nächsten fünf Jahren ganz sicherlich ihre Berücksichtigung finden werden. Ich freue mich auf spannende parlamentarische Debatten und auf einen regen verbalen Schlagabtausch. Der temperamentvolle und leidenschaftliche Stil ist dabei nichts anderes als ein Zeichen lebendiger Demokratie. Ich bin mir sicher, dass wir auch in dieser Wahlperiode zu einem sachlichen und allzeit fairen Umgang und zu einer lebhaften Debattenkultur finden werden.

Ich bitte Sie alle, daran mitzuwirken, dass der 15. Landtag des Saarlandes den vor ihm liegenden Aufgaben gerecht wird und seine Arbeit im Dienste und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Landes erfüllt. Gehen wir gemeinsam voller Tatkräft an die Arbeit, selbstbewusst, mit Zuversicht und Gottvertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen dann zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Verpflichtung der Abgeordneten durch den Landtagspräsidenten

Nach Artikel 68 der Verfassung sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Ich bitte Sie und die Zuschauer, Zuhörer, sich zur Verpflichtung von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verpflichte Sie hiermit auf die gewissenhafte Ausübung der sich aus Ihrem Mandat ergebenden Pflichten. - Herzlichen Glückwunsch.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

(Präsident Ley)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Verfahren bei Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landtages (Drucksache 15/01)

Ich verweise auf die schriftliche Begründung in der Drucksache 15/01. Mit dem vorstehenden Antrag wird ein einheitliches Verfahren in Immunitätsangelegenheiten unter Berücksichtigung der für den Deutschen Bundestag getroffenen Regelungen gewährleistet. Mit der Beschlussvorlage stellt der Landtag sicher, dass die Abgeordneten untereinander gleichbehandelt und im Verhältnis zum Bürger diesem weitgehend gleichgestellt werden, sofern nicht besondere Parlamentsbelange die Aufrechterhaltung des Immunitätsschutzes erfordern. - Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 15/01 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dage-

gen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 15/01 einstimmig, bei Zustimmung aller Abgeordneten, angenommen ist.

Da die Zusammensetzung des neuen Erweiterten Präsidiums noch nicht feststeht und die Wahlen erst in der kommenden Sitzung erfolgen sollen, bitte ich, mich zu ermächtigen, den Entwurf der Tagesordnung für die nächste Sitzung im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden festzulegen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Schließlich darf ich Sie alle, auch die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, die Vertreter der Medien und die Bediensteten des Hauses und der Fraktionen, nunmehr in das Große Restaurant zu einem kleinen Empfang einladen, bei dem dann auch die Möglichkeit zum besseren Kennenlernen besteht.

Ich schließe die Sitzung.